

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Verfassungsänderung: Koran und Sunnah sollen oberstes Gesetz werden

Als völlig unerwarteten Paukenschlag hat die Sharif-Regierung am 28. August im Parlament den Entwurf einer Verfassungsänderung eingebracht, die Koran und Sunnah zu den obersten Rechtsquellen des Landes erheben soll. Damit will die Regierung nach eigenem Bekunden eine umfassende Islamisierung der rechtlichen Grundlagen des Landes erreichen. Ziel sei die Errichtung einer islamischen Wohlfahrtsgesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit garantiere und die Korruption ausrotte, argumentierte Premier Nawaz Sharif in einer Rede vor dem Parlament. Im Einzelnen sieht der Text der sogenannten '15. Constitutional Amendment Bill' vor, daß die bislang übliche Zweidrittelmehrheit im Falle von Verfassungsänderungen künftig nicht mehr gelten soll, wenn es sich bei den entsprechenden Gesetzesinitiativen um Maßnahmen zur Forcierung einer weiteren Islamisierung von Staat und Gesellschaft handelt. Von erheblicher politischer Brisanz ist auch die darin enthaltene Bestimmung, daß dem Premierminister künftig die alleinige Richtlinienkompetenz in Sachen Islamisierung zusteht. Selbst den Gerichten wird in einem weiteren Artikel untersagt, in diese Vollmachten korrigierend einzugreifen.



**'My last card? May be!
But it's a trump'**

Spielt Nawaz Sharif mit dem "Sharia"-Gesetz seine letzte Trumpfkarte aus? (aus: 'Dawn')

Die Islamisierungsinitiative der Regierung stieß landesweit auf heftige Kritik. Selbst die islamischen Parteien witterten dahinter lediglich einen durchsichtigen Versuch, mit dem Ausspielen der islamischen Karte von seinen zahlreichen innenpolitischen Problemen abzulenken. Menschenrechtsgruppen wie die 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP) äußerten vor allem Befürchtungen, daß die Regierung eine Suspendierung der Grundrechte anstrebe. Die Tageszeitung 'The News' sprach sogar von einem Versuch Sharifs, die absolute Herrschaft anzustreben. Andere Kommentatoren wiesen auf die drohende Gefahr hin, daß die ohnehin fragile Balance zwischen Zentralstaat und Provinzen noch weiter zugunsten der Bundesregierung verschoben werde. Auch das Schreckgespenst eines drohenden Auseinanderbrechens der föderativen Republik in mehrere Teilstaaten malten manche Kommentatoren an die Wand.

Trotz des massiven Aufschreis in der Öffentlichkeit und des sich derzeit formierenden erstaunlich breiten politischen Widerstands hat die Verfassungsänderung gute Chancen, verabschiedet zu werden. Denn zumindest im Parlament verfügt die Sharif-Regierung über die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Einzig der Senat, der ebenfalls zustimmen muß, kann zum Stolperstein werden. In diesem Gremium sind die Mehrheitsverhältnisse weniger eindeutig, was vermutlich auch der Grund ist, warum Sharif vorläufig noch zögert, den Verfassungsentwurf den parlamentarischen Gremien zur Abstimmung vorzulegen. Ironischerweise dürfte das Schicksal des Islamisierungsgesetzes von Abstimmungsverhalten der Senatoren aus den Reihen der islamischen Parteien abhängen, die im Senat das Zünglein an der Waage darstellen. Jedenfalls machen die Islamisten ihre Zustimmung von gewissen Nachbesserungen abhängig. Besonders das Primat des Premierministers in Sachen weiterer Islamisierung ist ihnen dabei aus naheliegenden Gründen ein Dorn im Auge.

MQM läßt Koalitionsregierungen platzen

Die sowohl im Sindh als auch auf Bundesebene mitregierende 'Muttahida Qaumi Movement' (MQM) hat am 26. August das Bündnis mit der 'Pakistan Muslim League' (PML) von Premiermini-

ster Nawaz Sharif aufgekündigt. Gleichzeitig reichten alle MQM-Minister im Kabinett der sindhischen Landesregierung beim Provinzgouverneur ihren Rücktritt ein. Auch der einzige MQM-Bundesminister verkündete seinen Rücktritt gegenüber Regierungschef Sharif. Im sindhischen Provinzparlament, in der Nationalversammlung und im Senat räumte die MQM alle Posten und Ämter, die sie bislang innegehabt hatte.

Senator Aftab Ahmed Shaikh begründete den Schritt seiner Partei vor der Presse mit dem Bruch zahlreicher Vereinbarungen durch den bisherigen Koalitionspartner PML, die anhaltenden Morde an MQM-Aktivisten in Karachi sowie mit der anhaltenden Anti-MQM-Propaganda der PML-Spitze.

Der erwartete Mißtrauensantrag gegen den amtierenden sindhischen Ministerpräsidenten (PML) unterblieb jedoch vorläufig, da Sondierungsgespräche mit der 'Pakistan Peoples Party' (PPP) zwecks Bildung einer neuen Regierung, die rein rechnerisch möglich wäre, ohne greifbares Ergebnis im Sande verliefen. Auch auf Bundesebene war die MQM aufgrund der weiter bestehenden Animositäten gegenüber Benazir Bhutto und ihrer PPP bislang nicht bereit, einem Viel-Parteien-Bündnis der Opposition beizutreten. Aber auch so geht die Sharif-Regierung innenpolitisch schweren Zeiten entgegen. Denn nach dem bereits im Frühjahr erfolgten Platzen der Koalition mit der in der Nordwest Grenzprovinz, NWFP; dominierenden 'Awami National Party' (ANP) hat die PML jetzt auch ihren zweiten großen Bündnispartner verloren. Da es inzwischen auch in Baluchistan einen Regierungswechsel gab, kontrolliert die PML auf Provinzebene faktisch nur noch ihre eigene politische Hochburg, den Punjab. Nur in der Nationalversammlung ist die Machtbastion der PML aufgrund einer komfortablen Zweidrittelmehrheit Dank der nach wie vor bestehenden Unterstützung durch die meisten unabhängigen Abgeordneten sowie der Parlamentarier der religiösen Minderheiten nicht akut gefährdet.

Zensus 1998: 130,6 Millionen Einwohner

In Pakistan leben derzeit gut 130 Millionen Menschen. Dies ergab die im März diesen Jahres durchgeführte Volkszählung, deren vorläufiges Ergeb-

nis der inzwischen ins Außenministerium gewechselte Finanzminister Sartaj Aziz der Öffentlichkeit im Rahmen einer Pressekonferenz vorstellte. Gegenüber dem letzten Zensus von 1981, als die Statistik etwas über 84 Millionen Einwohner auswies, ist damit die Bevölkerung um knapp 55 Prozent angestiegen. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate von 2,61 Prozent; gegenüber der Periode von 1971 bis 1981, als man eine Quote von 3,06 Prozent ermittelte, ein bemerkenswerter Rückgang. Besonders erfreut zeigte sich der Minister über den Umstand, daß die bisherigen, auf Hochrechnungen beruhenden Schätzungen der Bevölkerungszahl und des Bevölkerungswachstums nunmehr deutlich nach unten korrigiert werden können. Denn bislang war man in offiziellen Statistiken davon ausgegangen, daß in Pakistan Anfang 1998 rund 139 Millionen Menschen lebten (vgl. die Tabelle).

Bezogen auf die Provinzen konnte der Punjab seinen Status als bevölkerungsreichste Region Pakistans behaupten, das Bevölkerungswachstum veränderte sich im Vergleichszeitraum jedoch nur unwesentlich von 2,74 auf 2,55 Prozent pro Jahr. Wesentlich deut-

licher fiel der Rückgang des Bevölkerungswachstums im Sindh, von 3,56 Prozent auf nun 2,71 Prozent, aus. In der 'North-West Frontier Province' (NWFP) wuchs die Bevölkerung von elf Millionen auf 17,55 Millionen an, was einer Wachstumsrate von 2,75 entspricht. In der dünnbesiedelten Flächenprovinz Baluchistan sank die Wachstumsrate besonders spektakulär (von 7,09 Prozent auf nur noch 2,42 Prozent). In den 70er Jahren beobachtete man in den mit einem politischen Sonderstatus ausgestatteten 'Federally Administered Tribal Areas' (FATA) im Grenzgebiet zu Afghanistan aufgrund massiver Landflucht noch einen Rückgang der Bevölkerung, eine Tendenz, die nunmehr gestoppt scheint. Einen besonders rasanten Bevölkerungszuwachs hatte in den letzten 17 Jahren die Bundeshauptstadt Islamabad zu verkraften (von 340.000 auf 799.000), wo sich das jährliche Wachstum von ehemals 4,34 Prozent durch einen anhaltenden Strom von Zuwanderern auf mittlerweile 5,15 Prozent sogar noch beschleunigte.

Der für die Verteilung des Steueraufkommens und die politische Repräsentanz der Provinzen in der Na-

tionalversammlung bedeutsame prozentuale Anteil der jeweiligen Provinzbevölkerung an der Gesamtbevölkerung hat sich gegenüber dem Zensus von 1981 nur leicht verändert. Während Sindh (23 Prozent der Gesamtbevölkerung), NWFP (13,4 Prozent) und Islamabad (0,6 Prozent) den Proporz jeweils um bis zu 0,4 Prozentpunkte zu ihren Gunsten steigern konnten, verzeichneten Punjab (55,6 Prozent), Balochistan (5,0 Prozent) und FATA (2,4 Prozent) entsprechend leichte Rückgänge. Für die Veränderungen machte Minister Sartaj Aziz vor allem Migrationsbewegungen zwischen den Provinzen verantwortlich. Allerdings räumte er auch ein, daß es beim Zensus von 1981 - damals unter der Regie von Militärdiktator Zia-ul Haq - zu "kleineren Unregelmäßigkeiten" gekommen sei, die man jetzt habe korrigieren können.

Beachtliche Wanderungsbewegungen weisen die neu ermittelten Daten zum Thema Landflucht und Urbanisierung nach: So schrumpfte der Anteil der Landbevölkerung von 71,7 Prozent auf derzeit 67,5 Prozent, während die Städter entsprechend von 28,3 Prozent auf 32,5 Prozent zulegten. Bisher war man allerdings sogar von einem aktuellen Urbanisierungsgrad von rund 35 Prozent ausgegangen. Auch die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte vollzieht sich offenbar in deutlich moderaterem Tempo, als bislang angenommen.

Besonders attraktive Magneten für Einwohner aus den ländlichen Gebieten sind mit Karachi (9,269 Millionen Einwohner) und Lahore (5,063 Millionen) die beiden Megastädte des Landes. Damit leben allein in diesen beiden Metropolen knapp ein Drittel der gesamten pakistanischen Stadtbevölkerung. Insgesamt weist die Statistik jetzt sieben Millionenstädte aus. Neben dem punjabischen Industriezentrum Faisalabad (1,977 Millionen) zählen hierzu Rawalpindi, Multan, Hyderabad und Gujranwala.

Leicht rückläufig ist der im internationalen Vergleich immer noch auffällige Männerüberschuß gemessen an der Gesamtbevölkerung. So stehen derzeit in Pakistan laut Statistik 100 Frauen 108,1 Männer gegenüber; 1981 betrug dieses Verhältnis sogar 100 zu 110,6. Zum Vergleich: In den Gesellschaften der Industrieländer herrscht ein deutlicher Frauenüberschuß.

Die Ergebnisse der Volkszählung 1998 stießen in Pakistan auf überwiegend harsche Kritik. Vor allem in den kleineren Provinzen Sindh, NWFP und Balochistan meldeten sich zahlreiche führende Politiker zu Wort, die der Bundesregierung in Islamabad gezielte Manipulationen des Zahlenwerkes vorwarfen, um die finanzielle und politische Vor-

Erste Ergebnisse der Volkszählung vom März 1998

Zusammengestellt von J. Clemens.

Quelle: 'Pakistan Political Perspective' (Islamabad), August 1998, S. 65f, nach Regierungsangaben.

	Zensusergebnisse		Schätzung
	1981	März 1998	für 1.1.1998 *
Bevölkerung:	<i>Millionen Menschen</i>		
Pakistan	84,254	130,578	139,024
nach Provinzen:			
Punjab	47,292	72,505	--
Sindh	19,029	29,991	--
NWFP	11,061	17,555	--
Baluchistan	4,332	6,510	--
FATA	2,199	3,136	--
Islamabad	0,340	0,700	--
Bevölkerungswachstum: in Prozent pro Jahr			
Pakistan	3,06	2,61	2,70
nach Provinzen:			
Punjab	2,74	2,55	--
Sindh	3,56	2,71	--
NWFP	3,32	2,75	--
Baluchistan	7,09	2,42	--
FATA	-1,47	2,11	--
Islamabad	4,48	5,15	--

*: Schätzungen nach 'Economic Survey 1997-98'.

NWFP: North-West Frontier Province, Nordwest-Grenzprovinz

FATA: Federally Administered Tribal Areas, „Stammesgebiete“

machtstellung der Herrschaftsprovinz Punjab festschreiben zu können. Die Diskussion um die Zensusdaten hat wesentlich dazu beigetragen, das schon zuvor angespannte Verhältnis zwischen den kleineren Provinzen und dem mächtigen Punjab beziehungsweise der Zentralregierung - Premierminister Nawaz Sharif ist Punjabi - zusätzlich zu belasten.

Bereits im Vorfeld der Volkszählung war es zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen um ihre Durchführung gekommen. Mehrfache Verschiebungen waren die Folge (ursprünglich war der Zensus für das Jahr 1991 vorgesehen). In Baluchistan setzten sich paschtunische Stämme sogar mit Waffengewalt gegen ihre statistische Erfassung während der Zählungsaktion im März diesen Jahres zur Wehr. Hintergrund: Die Anführer befürchteten, daß man den Anteil der Paschtunen gegenüber den Baluchen aus politischen Gründen viel zu niedrig ansetzen würde. Ähnliche Befürchtungen kamen auch im Sindh auf. Dort ängstigte sich die Minderheit der Mohajir vor Manipulationen zugunsten der Sindhis.

Bildungs- und Gesundheitsausgaben: Letzter Platz in Südasien

Pakistans Regierung ist die knickrigste

Südasiens, was staatliche Investitionen in die Bereiche Bildung und Gesundheit betrifft. Selbst die wesentlich ärmeren Himalaya-Länder Nepal und Bhutan geben gemessen an ihrer Wirtschaftskraft zehnmal mehr für die Entwicklung dieser beiden sozialen Schlüsselsektoren aus, als die frischgebackene Nuklearmacht. Dies geht aus dem jüngsten Weltbevölkerungsbericht des 'United Nations Fund for Population' (UNFP) mit dem Titel "The State of World Population 1998 - The New Generations" hervor. Demnach bringt Pakistan für die Finanzierung des eigenen Bildungssystems lediglich 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf. Für den Gesundheitssektor ist es nach den UNFP-Berechnungen sogar nur ein Prozent. Im regionalen Vergleich mit sechs weiteren Ländern Süd- und Südwestasiens landete Pakistan damit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Den Spitzenplatz in der UN-Rangliste eroberte mit 11,9 Prozent (Bildung) und 4,2 Prozent (Gesundheit) das Nachbarland Iran, dicht gefolgt von Bangladesh. Indien, die andere Atommacht der Region, rangiert auf dem vorletzten Platz (vgl. die Tabelle).

Hauptleidtragende der Geringerschätzung, die die Regierenden in Pakistan in Sachen Bildungs- und Gesundheitspolitik an den Tag legen, sind nach diesem Bericht die Frauen. Besonders eindrucksvoll läßt sich dies an den Zah-

Land	Bildung *	Gesundheit *
Iran	11,9	4,2
Bangladesh	11,2	4,8
Bhutan	10,7	4,8
Nepal	10,9	4,7
Sri Lanka	10,1	4,8
Indien	2,1	1,6
Pakistan	1,6	1,0

* Angaben in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt

len zur Analphabetenquote ablesen: Während 86 Prozent der pakistanischen Frauen im Alter über 15 Jahren als Analphabeten gelten müssen, liegt deren Anteil unter Männern bei "nur" 59 Prozent - Negativrekord in Südasien.

Auch in den Vergleichsstatistiken zum Thema Gesundheit bildet Pakistan überall das Schlußlicht. So fanden die UN-Experten heraus, daß nur 55 Prozent der Bevölkerung Zugang zu medizinischer Grundversorgung haben; lediglich 60 Prozent der Menschen verfügen demnach über sauberes Trinkwasser (Indien: 81 Prozent). Auch die Kindersterblichkeit liegt in Pakistan mit rund 11,5 Prozent auf erschreckend hohem Niveau (Indien: 7,4 Prozent). Dennoch erwarten die Fachleute aufgrund der ebenfalls sehr hohen Fertilität für den Zeitraum 1995 bis 2000 eine durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate von 2,7



Jeder Bürger Pakistans spürt mittlerweile die schlechte wirtschaftliche Lage (Foto: Walter Keller)

Prozent. Ein Wert, der in der Region nur von Afghanistan (5,3 Prozent) und Bhutan (2,8 Prozent) übertroffen wird. Mehr als die Hälfte der Menschen dürfte sich dann in Megastädten wie Karachi oder Lahore drängen, da nach den Beobachtungen der Experten auch die Landflucht unvermindert anhält. So wächst derzeit die Bevölkerung in den Millionenmetropolen fast doppelt so schnell, wie im Landesdurchschnitt. Aktuell wird der Urbanisierungsgrad in Pakistan auf 35 Prozent geschätzt, gegenüber den Ergebnissen der Volkszählung von 32,5 Prozent.

Staatsbank kämpft gegen den Bankrott

Die seit den Nukleartests im Mai als Folge der internationalen Sanktionen am Rande der Zahlungsunfähigkeit laviierende Sharif-Regierung hat sich finanziell im August ein wenig Luft verschaffen können. Dies geht aus dem jüngsten Bericht der Staatsbank in Karachi hervor, den die Tageszeitung 'Dawn' am 4. September in Auszügen veröffentlichte. Demnach beliefen sich die pakistanischen Devisenreserven am 29. August auf insgesamt 783 Millionen Dollar. Von dem am 24. Juli erreichten Rekordtiefstand, als der Kassensturz der Zentralbank ganze 531 Millionen Dollar ergab, hat sich die Staatsschatulle somit ein wenig erholen können. Anlaß zur Entwarnung gibt es dennoch nicht. Denn gemessen an den enormen Anstrengungen, die die Regierung in den letzten Wochen und Monaten mit dem Entsenden zahlreicher Delegationen in die reichen Staaten der Golfregion unternommen hat, um mit den Regierungen befreundeter Länder dringend benötigte Finanzspritzen auszuhandeln, ist das Ergebnis kläglich: Lediglich Kuwait konnte sich zu einem Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar durchringen. Die Regierungen Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate speisten dagegen die Emmissäre Islamabad mit hinhaltenden Lippenbekenntnissen ab. Auch die 'Islamic Development Bank' (IDB) will erst die Ergebnisse der am 11. September aufgenommenen jüngsten Gesprächsrunde zwischen der pakistanischen Regierung und einer Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) abwarten, bevor bereits ausgehandelte Devisenhilfen in dreistelliger Millionenhöhe freigegeben werden. Beobachter gingen im Vorfeld der mit Spannung erwarteten Verhandlungen davon aus, daß die IWF-Vertreter eventuelle Vereinbarungen mit der Sharif-Regierung an harte politische Bedingungen knüpfen werden. Mit folgenden IWF-Forderungen ist zu rechnen: Erhöhung der Einnahmen aus der Agrarsteuer, Ein-

führung einer allgemeinen Mehrwertsteuer auch im Einzelhandel, Abschaffung des zweigleisigen Wechselkurssystems und Abwertung der Rupie.

Passend zum Thema Währungs- und Finanzpolitik hat sich der seit Mai anhaltende Wertverfall der Rupie gegenüber der Leitwährung Dollar Anfang September noch einmal beschleunigt. Innerhalb von nur einer Woche schoß der Rupienkurs auf dem freien Markt gegenüber dem "Greenback" von 60,80 Rupien auf 64 Rupien in die Höhe. Die pakistanische Staatsbank hielt dagegen an ihrem für alle Inhaber von Devisenkonto geltenden offiziellen Wechselkurs in Höhe von 46 Rupien fest. Verantwortlich für das neuerliche Anwachsen der Wechselkursschere ist ein Regierungsbeschluß, wonach auch in Zukunft alle Auslandsreisenden einschließlich der Mekka-Pilger gezwungen sind, sich vor Antritt der Reise zu den offiziellen Kursen der Staatsbank mit den erforderlichen Devisen einzudecken. Nach Einschätzung unabhängiger Finanzexperten dürfte dies in der Praxis bedeuten, daß durch die gesteigerte Nachfrage verunsicherter Anleger Devisen im Volumen von weiteren 400 bis 425 Millionen Dollar aus dem Bestand der Staatsbank in den privaten Sektor abfließen. Eine neuerliche Abwertungsrunde der Rupie, mit entsprechend negativen Folgen für die Importpreise und die Schuldenlast der Regierung, scheint somit nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Falls also die Verhandlungen mit dem IWF ohne greifbares Ergebnis bleiben, ist damit zu rechnen, daß die Regierung gegenüber den Geberländern in Kürze in Sachen Schuldendienst nach russischem Vorbild ein Moratorium verkünden muß. Im Juli konnte eine solche offizielle Bankrotterklärung noch einmal in letzter Minute verhindert werden. Doch in Kürze werden erneut Zinszahlungen von mehr als einer halben Milliarde Dollar fällig, so daß auf der Sharif-Regierung ein unverändert hoher Druck lastet.

Mahbub-ul Haq ist tot

Der international anerkannte Finanzexperte und frühere pakistanische Minister Mahbub-ul Haq ist am 16. Juli in einem New Yorker Krankenhaus an Lungenversagen gestorben. Er wurde wenige Tage später in Islamabad mit einem Staatsbegräbnis beigesetzt. Erst kürzlich war der renommierte Fachmann von Premierminister Nawaz Sharif in den engsten Beraterstab berufen worden, wo er sich um die Umsetzung seiner eigenen Verbesserungsvorschläge in Sachen menschlicher Entwicklung kümmern sollte. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler erlebte nicht nur als Politiker eine beachtliche Karriere

(von 1982 bis 1988 Finanzminister im Kabinett von Militärdiktator Zia-ul Haq), sondern auch als Führungskraft bei internationalen Organisationen. So hatte er bei IWF und Weltbank zeitweilig das Amt eines Gouverneurs inne. Bekannt wurde er vor allem als geistiger Vater der nach ihm auch als "Ul-Haq-Reporte" benannten Berichte zur menschlichen Entwicklung des UN-Entwicklungsprogrammes. Mit einem eigenen Forschungsinstitut in Islamabad, dem 'Human Development Center', hatte er sich in jüngster Zeit verstärkt darum bemüht, nach diesem Vorbild auch für Pakistan und ganz Südasien einen gleichermaßen anerkannten wie unabhängigen Jahresbericht zum Stand der menschlicher Entwicklung zu institutionalisieren. Die jüngste Ausgabe dieses vielbeachteten Reports mit dem Titel 'Human Development in South Asia 1998' war erst kurz vor dem Tod seines Herausgebers erschienen.

*** Vortrag ***

Wegen Vorträgen von Jorge Scholz zur aktuellen politischen Situation in Pakistan (auch zur Lage von ethnischen und religiösen Minderheiten im Land) bitten wir Interessenten, sich zwecks Absprache von Terminen etc. an das Südasienbüro zu wenden.